

An dieser Stelle wurde der nachfolgende Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Drucksachen-Nr. 09/0073) mit beraten.

Herr Knülle erläuterte ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion. Es werde der Bedarf für eine Gesamtschule gesehen, die eine ideale Ergänzung zur derzeitigen Schullandschaft darstelle. Der Fragebogen müsse – um den Sinn und die Zielrichtung einer Elternbefragung zu verdeutlichen – mit der Initiative für eine Gesamtschule abgestimmt werden. Darüber hinaus solle eine neutrale Elterninformation zur Gesamtschulproblematik erfolgen.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner, einer Elternbefragung zur Ermittlung des Bedürfnisses für eine Gesamtschule in Sankt Augustin zuzustimmen. Die kritische Haltung zu einer Gesamtschule werde dabei nicht aufgegeben. Dem Elternwillen solle jedoch Rechnung getragen werden. Bei der weiteren Beratung sei jedoch nicht nur der Elternwille zu berücksichtigen, der sich für eine Gesamtschule ausspricht. Auch der Wille der Eltern, die ihr Kind nicht an einer Gesamtschule anmelden möchten, sei einzubeziehen.

Dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion könne nicht zugestimmt werden, da dieser nicht ergebnisoffen formuliert sei. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass eine Elternbefragung seitens der Verwaltung objektiv nach Recht und Gesetz erfolge, so dass es diesbezüglich keiner Vorgaben bedürfe.

Nach Vorliegen des Ergebnisses der Elternbefragung müssten Schritt für Schritt die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Herr Knülle erläuterte, der Antrag der SPD-Fraktion berücksichtige hinsichtlich der weiteren Schritte sowohl einen positiven als auch einen negativen Ausgang der Elternbefragung. Er sei somit sehr wohl als ergebnisoffen zu charakterisieren. Sollte die Befragung negativ verlaufen, sei mit den Nachbarkommunen zu erörtern, wie einem dennoch bestehenden Elternwillen nachgekommen werden könne. Bei einem positiven Ausgang müssten die weiteren Schritte bereits jetzt dargestellt werden. Auf Grund der in Siegburg durchgeführten Elternbefragung halte es die SPD-Fraktion für angezeigt, der Verwaltung genaue Vorgaben für die Durchführung des Verfahrens zu machen.

Herr Köhler vermisste in dem Antrag der CDU-Fraktion Angaben zum Zeitpunkt der Elternbefragung. Er schloss daraus, dass Zeit gewonnen werden solle. Er bekräftigte, dass eine Befragung ergebnisoffen durchgeführt werden müsse. Diese müsse unter den Eltern der jetzigen Jahrgangsstufe 3 erfolgen.

Frau Bergmann-Gries ergänzte, es handele sich um eine Festlegung im Interesse der Eltern. Eine Kompetenz der Verwaltung, eine Befragung nach Recht und Gesetz durchzuführen, werde nicht bezweifelt. Durch die seitens der SPD-Fraktion vorgeschlagene Beteiligung könne das Verfahren jedoch verbessert werden.

Der Bürgermeister erläuterte, dass in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung am 31.03.2009 der zeitliche Fahrplan für eine Elternbefragung seitens der Verwaltung vorgestellt werde.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte Herr Piéla die Absicht der CDU-Fraktion, einer Elternbefragung zuzustimmen. Da der Elternwille zu berücksichtigen sei, werde dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt. Auf Grund des demografischen Wandels und

pädagogischer Notwendigkeiten erkenne er einen Wandel in der Schullandschaft. Es müssten neue Wege beschritten werden. Beispielhaft führte er die gute pädagogische Arbeit in den Gesamtschulen Troisdorf, Bonn-Beuel und Hennef auf. Optimale Bildungschancen für die Kinder seien entsprechend dem Elternwillen zu gewähren. Eine Gesamtschule sei nicht ausschließliche künftige Schulform in Sankt Augustin sondern stelle eine Erweiterung des bestehenden Angebots dar, die auch die Attraktivität der Stadt steigern. Auch der Aspekt „Wissensstadt Plus“ sei hierbei einzubeziehen. Es sei bereits jetzt erforderlich, die weiteren Schritte je nach Ausgang der Befragung in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Für die FDP-Fraktion führte Herr Kammel aus. Die mögliche Errichtung einer Gesamtschule habe gravierende Auswirkungen auf die bestehende Schullandschaft in Sankt Augustin. Er wies darauf hin, dass bei einem positiven Votum von 112 Eltern ein Anmeldeverfahren für eine Gesamtschule durchzuführen sei. Bei 112 verbindlichen Anmeldungen sei eine Gesamtschule zwingend innerhalb der Stadt Sankt Augustin einzurichten. Eine Kooperation mit einer Nachbarkommune könne dann nicht durchgeführt werden. Da ein Neubau einer Gesamtschule aus finanziellen Gründen ausscheide, käme nur die Umwandlung einer oder mehrerer bestehender Schulen in Betracht. Nach Einschätzung der FDP-Fraktion sei hiervon die Hauptschule in Sankt Augustin-Menden und im weiteren die Realschule in Sankt Augustin-Menden betroffen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass zu einem späteren Zeitpunkt auch das Rhein-Sieg-Gymnasium einbezogen werden müsste. Zudem würde die Errichtung einer Gesamtschule finanzielle Prioritäten verschieben und die für die bestehenden Schulen eingeplanten Mittel binden.

Bei einem Votum von weniger als 112 Eltern müsse über die Kooperation mit einer Nachbarkommune nachgedacht werden. Auch dies habe finanzielle Auswirkungen und die Standortfrage sei zu klären.

Ein einmal in Gang gesetztes Verfahren könne nicht mehr gestoppt werden.

Die FDP-Fraktion könne den vorliegenden Anträgen der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion wegen den vorgenannten Konsequenzen für die bestehende Schullandschaft in Sankt Augustin nicht zustimmen. Er äußerte sich verwundert über die Haltung der CDU-Fraktion zu diesem Thema. Die integrierte Gesamtschule werde seitens der FDP-Fraktion zudem als pädagogische Fehlkonstruktion angesehen. Die übergroße Mehrheit der Eltern in Sankt Augustin, die seitens der FDP-Fraktion vertreten werde, sei mit dem bestehenden und zu erhaltenden Schulangebot in Sankt Augustin zufrieden. Die FDP-Fraktion setze auf den konsequenten Ausbau der Ganztagschulen. Dies trage zum Erhalt der Schulen bei und sei das bessere pädagogische Konzept. Der Betrieb einer Gesamtschule sei auf Grund der Vorgaben des Gesetzgebers zudem nur im Halbtagsbetrieb möglich.

Frau Bergmann-Gries vertrat die Auffassung, eine Elternbefragung dürfe nicht mit den seitens der FDP-Fraktion zum Teil zu Recht aufgeführten Überlegungen konfrontiert werden. Dies stehe einer objektiven Bedarfsermittlung im Wege. Finanz- und Standortfragen müssten diskutiert werden, dennoch müsse dem möglicherweise bestehenden Elternwillen entsprochen werden.

Herr Metz vertrat die Auffassung, die FDP-Fraktion sei am Elternwillen nicht interessiert. Er erkenne ein gegenseitiges Auspielen von Befürwortern und Gegnern einer Gesamtschule. Der Rat werde - unabhängig vom Ausgang der Befragung - den Kindern eine größere Auswahl qualitativ hochwertiger Bildungsangebote zur Verfügung stellen.

Herr Knülle vermisste einen Alternativvorschlag der FDP-Fraktion, wie einem Elternwillen

entsprochen werden könne, ohne die bestehende Schullandschaft in Sankt Augustin zu gefährden.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

17 Jastimmen

27 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Herr Köhler beantragte, den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt zu ändern:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter den Kindern der jetzigen Jahrgangsstufe 3 mit dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren den Bedarf für eine Gesamtschule zu ermitteln.

17 Jastimmen

27 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, vorsorglich für den Fall, dass in Sankt Augustin nur ein Teilbedarf festgestellt wird, koordinierende Gespräche mit der Stadt Siegburg zu führen, damit ggf. Teilbedarfe von Sankt Augustin und Siegburg zusammengeführt werden können, um ein Gesamtschulangebot in kooperativer Form zu realisieren.

Protokollnotiz:

Da der Änderungsantrag von Herrn Köhler zu 1. abgelehnt wurde, wurde über den Änderungsantrag zu 2. in Verbindung mit dem Wortlaut des CDU-Antrages abgestimmt.

17 Jastimmen

27 Neinstimmen, damit ist der Antrag abgelehnt

Herr Piéla beantragte zu dem jetzt zur Abstimmung stehenden Antrag der CDU-Fraktion den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen. Nach kurzer Diskussion ließ der Bürgermeister hierüber abstimmen.

mehrheitlich abgelehnt

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Knülle, dass dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt werde. Er begrüßte, dass damit eine Elternbefragung auf den Weg gebracht werde. Er befürchte jedoch, dass diese zeitlich verschleppt werde, da eine diesbezügliche Terminierung abgelehnt worden sei.

Dem widersprach Herr Wagner und verwies auf die Ausführungen des Bürgermeisters zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung am 31.03.2009. Er wies ferner darauf hin, dass seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahre 2007 zusammen mit der CDU- und FDP-Fraktion einer Elternbefragung nicht zugestimmt wurde.

Herr Metz verwies in diesem Zusammenhang auf die veränderten Mehrheiten innerhalb der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die zu anderen Ausgangslagen hinsichtlich der

politischen Position geführt haben. Seine Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Köhler erläuterte, die Ablehnung der Elternbefragung sei seinerzeit vor der sich abzeichnenden Thematik Ganztagsbetrieb an den bestehenden Schulen erfolgt. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine Bedarfserhebung gerechtfertigt.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

40 Jastimmen

4 Neinstimmen

Protokollnotiz

Der Beschluss ist unter dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt 4.1.2 abgedruckt.